



Internationales, revolutionäres und antiimperialistisches Manifest der Arbeiter



+ Details



Kategorie: **International**



AM 1. MAI, UM GEMEINSAM GEGEN DEN IMPERIALISMUS ZU KÄMPFEN

Es ist 130 Jahre her, dass die internationale Arbeiterklasse begann, weltweit zu demonstrieren, um die Märtyrer von Chicago zu ehren und ihre Rechte als Arbeiter zu bekräftigen.

Diese Arbeiterdemonstration in dieser amerikanischen Stadt im Mai 1886, die von der Polizei unterdrückt wurde, machte deutlich, dass die Forderungen der unterdrückten Klasse (8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Ruhe und 8 Stunden Erholung) von den politischen Forderungen eines neuen Gesellschaftssystems begleitet werden sollten, das den Kapitalismus ersetzen sollte. Andernfalls würden sie nicht erreicht werden oder nicht ausreichen, um ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Fast eineinhalb Jahrhunderte nach diesen Tagen leiden die Arbeiter, Bauern, Intellektuellen, Ureinwohner und andere populäre Sektoren der Welt immer noch unter den schädlichen Folgen des kapitalistischen Ausbeutungssystems, das gerade durch den Prozess der Kapitalkonzentration, den Lenin in seinem berühmten Werk "Imperialismus, die höhere Stufe des Kapitalismus" theoretisierte und der heute im Zentrum des amerikanischen Imperialismus steht, imperialistisch geworden ist. Sie wird begleitet von der Europäischen Union, als imperialistische Macht des alten Kontinents, Japan und Kanada. Es gibt auch Schachfiguren auf dem Weltschachbrett: halbkoloniale und reaktionäre Regierungen wie Jair Bolsonaro und das OAS-Lima-Kartell. In anderen Breitengraden spielen die Türkei, die Ukraine und ehemals sozialistische Länder wie Polen, Ungarn, Tschechien, Kroatien usw. eine ähnliche Rolle.

Abgesehen von den Rückschlägen und Gegenmärschen, wie vor dem Verschwinden der UdSSR und vor kurzem dem Staatsstreich in Bolivien gegen Evo Morales und dem Verrat von Lenin ("Kausky") Moreno in Ecuador, zeigt auch die Weltlage ermutigende Anzeichen.

Zum Beispiel die Kontinuität des Sozialismus in China, Kuba, Nordkorea und Vietnam sowie antiimperialistische Regierungen wie das bolivarianische Venezuela. In der durch den COVID-19 provozierten Weltkrise haben diese Regierungen, insbesondere China und Kuba, Dutzenden von betroffenen Ländern Solidarität und internationalistische Hilfe mit Ärzten und sanitärem Material angeboten.

Dies ist eine praktische Art und Weise, die Ideale des Proletariats lebendig zu halten, das seit dem Kommunistischen Manifest von 1848 verkündet: "Proletarier der Welt, vereinigt euch",

sowie die leninistische Anpassung von "Proletarier und unterdrückte Völker der Welt, vereinigt euch".

Ohne bisher an die Macht gekommen zu sein, haben sich mehrere arbeitende Völker in einer militanten Rebellion erhoben. In Lateinamerika haben die Genossen von Chile, Ecuador, Kolumbien und Haiti an vorderster Front gegen die reaktionären Regierungen von Sebastián Piñera, Moreno, Iván Duque usw. gekämpft. Darüber hinaus gab es fünf Streiks und viele Proteste gegen die neoliberale und mauritiusfreundliche Regierung von Mauricio Macri, bis er bei den Wahlen im Oktober 2019 geschlagen wurde. Die Völker der Welt erheben sich gegen die Ungerechtigkeiten der Regierungen, die die Interessen des Großkapitals verwalten. In Frankreich ist es die Bewegung der "gelben Westen".

Diese von internationalem Finanzkapital und anderen lokalen Oligarchien dominierte Welt hat extreme Spitzen des Raubbaus und der sozialen Polarisierung hervorgebracht. Es ist eine Welt, in der 26 Milliardäre mehr Vermögen haben als 3,8 Milliarden Einwohner, also die Hälfte des Planeten.

Mit ihren Praktiken der Umweltzerstörung, dem Einsatz von Agrochemikalien und Agrotroxinen haben multinationale Konzerne wie Bayer-Monsanto den Planeten und seine Gewässer vergiftet, Millionen Hektar gerodet und Brände verursacht. Fidel Castro war weitsichtig, als er auf dem Öko-Rio-Gipfel 1992 sagte, dass diese Mächte das Überleben der Menschen in Gefahr gebracht hätten.

Als ob all das noch nicht genug wäre, begann Anfang 2020 ein Ausbruch, der sich zu einer Epidemie und seit März zu einer Pandemie des COVID-19-Virus entwickelte. Bis zum 27. April waren weltweit mehr als 2,9 Millionen Menschen infiziert worden und 203.000 gestorben. Das Epizentrum liegt in den USA, Italien, Spanien und Frankreich und betrifft fast 200 Länder und Regionen.

Diese sehr ernste Gesundheitskrise bestätigt, dass die Lösung der Probleme der Weltarbeiterklasse von einer revolutionären und sozialistischen internationalen Politik ausgehen muss. Es wird keine Rettung einzelner oder isolierter Länder geben. Die Einheit und Koordination der Völker ist durch Volksregierungen mit einer starken staatlichen Präsenz und Investitionen erforderlich, in diesem Fall aus offensichtlichen Gründen, insbesondere im Gesundheitsbereich. Diese Regierungen müssen sich gegen Trump, Johnson, Merkel, Macron, Abe, Trudeau, Bolsonaro, Piñera, Duque und viele andere reaktionärer Natur stellen. Es kann keine Politik geben, die versucht, den Kapitalismus zu ändern und zu retten, weder vor dem Liberalismus noch vor der Sozialdemokratie.

Die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems hatte sich schon vor der Pandemie entwickelt. Nun sind beide zusammen gefallen und mächtiger geworden, mit katastrophalen Folgen für die Menschheit. Die IAO schätzt, dass 24,7 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Und diese Arbeitsplatzverluste werden auch zu weniger Einkommen führen: zwischen 860 Milliarden Dollar und 3,4 Billionen Dollar weniger bis Ende 2020.

Das Ausmaß der Armut wird das hohe Niveau der heutigen Welt übersteigen. Im Juli 2019 schätzte die UNO, dass 1,3 Milliarden Menschen von dieser Geißel betroffen waren. Heute muss es mehr sein, und mit der Pandemie sogar noch mehr.

Angesichts einer so kruden Situation kommt es nicht in Frage, zu lamentieren und sich einfach nur zu beklagen. Es ist an der Zeit, auf den Weg der Märtyrer von Chicago und der Pariser Kommune zurückzukehren, zuzüglich all der revolutionären Bemühungen, die auf den

fünf Kontinenten stattgefunden haben.

Die Wirtschaftskrise und die Pandemie haben einmal mehr gezeigt, dass Rosa Luxemburg Recht hatte, als sie die Option "Sozialismus oder Barbarei" vorschlug. Auf dem Marsch zu diesem gemeinsamen Ziel des Sozialismus muss jedes Volk seine nationalen Besonderheiten, seine Kulturen, Realitäten usw. berücksichtigen, und zwar mit viel prinzipieller Entschlossenheit und taktischer Flexibilität in der konkreten Politik.

Es war nie richtig, den jeweiligen Bourgeoisien zu folgen, auch nicht den "fortschrittlichsten". Und es war auch nicht richtig, sich in schwerwiegende Mängel des Dogmatismus und Akademismus zu verstricken, die weit von den konkreten Kämpfen unserer Völker entfernt sind.

Wir, die Parteien und Organisationen, die dieses Arbeiter-, Revolutionäre und Antimperialistische Manifest unterzeichnet haben, verpflichten uns, den Kampf fortzusetzen:

- für anständige Löhne und Renten, ohne Entlassungen, Suspendierungen oder Kürzungen.
- Für die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion.
- Mehr Budget für die Gesundheitsversorgung, bessere Krankenhäuser und Arbeitsbedingungen für Ärzte und medizinisches Personal.
- Ausreichende und dauerhafte staatliche Hilfe für alle, die von dieser Pandemie betroffen sind.
- Gesundheit ist ein Recht für alle. Keine Privatisierung des Gesundheitswesens mehr.
- Prüfung und Aussetzung der Zahlungen der Auslandsschulden der Schuldnerländer. Kein IWF und keine Weltbank mehr.
- Verstaatlichung des Bankensystems, um die Finanzen in den Dienst des Volkes und seiner unabhängigen Entwicklung zu stellen.
- Verstaatlichung der Energiewirtschaft und anderer wesentlicher Industrien
- Verfolgung und Bestrafung all jener, die für die betrügerische Verschuldung unserer Länder verantwortlich sind.
- Illegalisierung von Offshore-"Steuerparadiesen". Beschlagnahme der Konten mit dem, was dort deponiert war und von den Staaten für öffentliche Arbeiten und Gesundheit verwendet wurde.
- Genug von der Yankee-Blockade gegen Kuba und Venezuela. Für das Recht des palästinensischen Volkes, einen eigenen Staat mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt zu

gründen. Für das Recht des saharaischen Volkes auf Selbstbestimmung. Für die Unabhängigkeit von Puerto Rico. Rückgabe der Malvinas-Inseln an Argentinien und Guantanamo an Kuba. Keine Sanktionen mehr gegen Venezuela, Iran, Nordkorea und China.

- Freiheit für die populären politischen Gefangenen der Welt. Prozess und Bestrafung von militärischen und zivilen Völkermördern.
- Für Solidarität und Koordination der Kämpfe zwischen den Völkern und Regierungen der Welt in einer WELTWEITEN ANTI-IMPERIALISTISCHEN GRENZE

Unterzeichner: Befreiungspartei (PL) Argentiniens; Kommunistische Partei Chiles (Proletarische Aktion); Simón Bolívar Coordination, Venezuela; Euskal Herriko Komunisten Batasuna (EKB), Kommunistische Partei der Völker Spaniens (PCPE). Die Unterschriften gehen weiter...

Senden Sie bis zum 28. April Mitgliedsunterschriften an Diese E-Mail-Adresse ist vor Spambots geschützt! Zur Anzeige muss JavaScript eingeschaltet sein!

Befreiungspartei (PL) von Argentinien

Chilenische Kommunistische Partei (Proletarische Aktion)

Euskal Komunisten Batasuna (Union der baskischen Kommunisten)

Simón Bolívar Koordinator von Venezuela

Kommunistische Partei der Völker Spaniens

Manifiesto internacional, obrero, revolucionario y antiimperialista

ESTE 1 DE MAYO, LUCRAR UNIDOS CONTRA EL IMPERIALISMO

Se cumplen 130 años desde que la clase obrera internacional comenzó a manifestarse en todo el mundo para homenajear a los mártires de Chicago y reafirmar sus derechos como trabajadores.

Aquella manifestación obrera en esa ciudad norteamericana, en mayo de 1886, reprimida policialmente, dejó claro que las banderas reivindicativas de la clase oprimida (8 horas de trabajo, 8 horas de descanso y 8 horas de recreación), debían ir acompañadas de las banderas políticas de un nuevo sistema social en reemplazo del capitalismo. De lo contrario no se conseguirían o serían insuficientes para que la vida tuviera humanidad.

A casi un siglo y medio de aquellas jornadas, los trabajadores, campesinos, intelectuales, pueblos originarios y demás sectores populares del mundo, siguen sufriendo las nefastas consecuencias del sistema de explotación capitalista, devenido en imperialista por el propio proceso de concentración del capital que Lenin teorizó en su famosa obra "el imperialismo,

fase superior del capitalismo”, y que hoy tiene centro en el imperialismo norteamericano. Lo acompañan la Unión Europea, como potencia imperialista del viejo continente, Japón y Canadá. También hay peones en el tablero de ajedrez mundial: los gobiernos semicoloniales y reaccionarios como Jair Bolsonaro y el Cartel de Lima de la OEA. En otras latitudes juegan un rol similar Turquía, Ucrania y países que alguna vez fueron socialistas, como Polonia, Hungría, República Checa, Croacia, etc.

Más allá de los reveses y contramarchas, como antes la desaparición de la URSS y recientemente el golpe de Estado en Bolivia contra Evo Morales y la traición de Lenin (“Kausky”) Moreno en Ecuador, también la situación mundial presenta signos alentadores.

Por ejemplo, la continuidad del socialismo en China, Cuba, Corea del Norte y Vietnam, más gobiernos antiimperialistas como Venezuela bolivariana. En la crisis mundial provocada por el COVID-19 esos gobiernos, en especial China y Cuba, han brindado una ayuda solidaria e internacionalista con médicos y material sanitario a decenas de países afectados.

Esa es una manera práctica de mantener vivos los ideales del proletariado que desde el Manifiesto Comunista, 1848, proclama: “Proletarios del mundo, uníos”, más la adecuación leninista de “Proletarios y pueblos oprimidos del mundo, uníos”.

Sin haber aún logrado llegar al poder, varios pueblos trabajadores se han levantado en rebeliones combativas. En América Latina, los compañeros y compañeras de Chile, Ecuador, Colombia y Haití, han estado en la primera línea de combate contra los gobiernos reaccionarios de Sebastián Piñera, Moreno, Iván Duque, etc. También hubo cinco paros y muchas protestas contra el gobierno neoliberal y fondomonetarista de Mauricio Macri hasta que se lo derrotó electoralmente en octubre de 2019. Los pueblos del mundo se están levantando contra las injusticias de los gobiernos gestores de los intereses del gran capital. En Francia es el movimiento de los “chalecos amarillos”.

Este mundo dominado por el capital financiero internacional y otras oligarquías locales ha generado picos extremos de superexplotación y polarización social. Es un mundo donde 26 multimillonarios tienen más fortunas que 3.800 millones de habitantes, la mitad del planeta.

Con sus prácticas de degradación del medio ambiente, el uso de agroquímicos y agrotóxicos, multinacionales como Bayer-Monsanto vinieron envenenando el planeta, sus aguas, desmontando millones de hectáreas y provocando incendios. Estuvo previsor Fidel Castro cuando en la Cumbre Eco-Río 1992 dijo que aquellos poderes habían puesto en riesgo la supervivencia del ser humano.

Como si todo eso fuera poco, a inicios de 2020 comenzó un brote que se hizo epidemia y desde marzo pandemia, del virus COVID-19. Al 27 de abril, los contagiados son más de 2,9 millones y han fallecido 203.000 personas en todo el mundo. El epicentro está en EE UU, Italia, España y Francia, afectando a casi 200 países y regiones.

Esta gravísima crisis sanitaria ratifica que la solución a los problemas de la clase trabajadora mundial debe venir de una política internacional revolucionaria y socialista. No habrá salvaciones individuales ni de países aislados. Se requiere unidad y coordinación de los pueblos por medio de gobiernos populares, con fuerte presencia e inversión estatal, en este caso por razones obvias, sobre todo en lo sanitario. Esos gobiernos deben ser antagónicos con Trump, Johnson, Merkel, Macron, Abe, Trudeau, Bolsonaro, Piñera, Duque y tantos otros de signo reaccionario. No son posibles políticas que traten de enmendar y salvar el capitalismo, ni desde el liberalismo, ni desde la socialdemocracia.

La crisis general del sistema capitalista venía desarrollándose desde antes de la pandemia. Ahora coincidieron y se potenciaron ambas, con catastróficas consecuencias para la humanidad. La OIT estima que 24,7 millones de personas perderán su empleo. Y esas caídas de empleo también tendrán como consecuencia menos ingresos: entre 860.000 millones y los 3,4 billones de dólares menos a finales de 2020.

El nivel de pobreza superará los altos niveles del mundo actual. La ONU estimaba en julio de 2019 que había 1.300 millones de personas castigadas por ese flagelo. Hoy deben ser más y con la pandemia, más aún.

Frente a esa cruda situación no se trata de lamentarse y simplemente quejarse. Es hora de retomar el sendero de los Mártires de Chicago y de la Comuna de París, más todos los esfuerzos revolucionarios habidos en los cinco continentes.

La crisis económica y la pandemia han mostrado otra vez que Rosa Luxemburgo acertaba cuando planteaba la opción de "Socialismo o Barbarie". En la marcha hacia ese objetivo común del socialismo cada pueblo deberá atender a sus características nacionales peculiares, sus culturas, realidades, etc, con mucha firmeza en los principios y flexibilidad táctica en las políticas específicas.

Nunca fue correcto hacer seguidismo de las respectivas burguesías, aún de las más "progresistas". Y tampoco incurrir en graves defectos del dogmatismo y academicismo alejados de las luchas concretas de nuestros pueblos.

Los partidos y organizaciones firmantes de este Manifiesto Obrero, Revolucionario y Antiimperialista nos comprometemos a seguir luchando:

-Por salarios y jubilaciones dignas, sin despidos, suspensiones ni recortes.

-Por el control obrero de la producción.

-Mayor presupuesto de Salud, mejores hospitales y condiciones de trabajo a los médicos y personal de salud.

-Asistencia suficiente y permanente del Estado a todos quienes sufren en esta pandemia.

-La salud es un derecho de todos. Basta de privatización de la salud.

-Auditoría y suspensión de pagos de la deuda externa de los países deudores. Fuera el FMI y el Banco Mundial.

-Nacionalización del sistema bancario para poner las finanzas al servicio de los pueblos y su desarrollo independiente.

-Nacionalización de la industria energética y demás industrias esenciales.

-Juicio y castigo a todos los responsables del endeudamiento fraudulento de nuestros países.

-Ilegalización de las “guaridas fiscales” offshore. Incautación de las cuentas con lo allí fugado y depositado, utilización por los estados para obras públicas y salud.

-Basta de bloqueo yanqui a Cuba y Venezuela. Por los derechos del pueblo palestino a formar un estado propio con capital en Jerusalén oriental. Por el derecho del pueblo saharauí a su autodeterminación. Independencia de Puerto Rico. Devolución de las islas Malvinas a Argentina y de Guantánamo a Cuba. No más sanciones a Venezuela, Irán, Corea del Norte y China.

-Libertad a los presos políticos populares en el mundo. Juicio y Castigo a los genocidas militares y civiles.

-Por la solidaridad y coordinación de las luchas, entre los pueblos y gobiernos del mundo en un FRENTE MUNDIAL ANTIIMPERIALISTA.

Firmantes: Partido de la Liberación (PL) de Argentina; Partido Comunista Chileno (Acción Proletaria); Coordinadora Simón Bolívar, Venezuela; Euskal Herriko Komunisten Batasuna (EKB), Partido Comunista de los Pueblos de España (PCPE). Siguen las firmas....

Enviar firmas de adhesión a [Diese E-Mail-Adresse ist vor Spambots geschützt! Zur Anzeige muss JavaScript eingeschaltet sein!](#) hasta el 28 de abril

Partido de la Liberación (PL) de Argentina

Partido Comunista Chileno (Acción Proletaria)

Euskal Komunisten Batasuna (Unión de Comunistas Vascos)

Coordinadora Simón Bolívar de Venezuela

Partido Comunista de los Pueblos de España